

## Die Kriminalität in Wien bereitet Sorge

Der Krieg in der Ukraine stellt momentan alles andere in den Schatten. Doch bei aller Anteilnahme für die Menschen in der Ukraine und den diplomatischen Anstrengungen, die aktuell unternommen werden, dürfen wir nicht auf die Probleme, die Wien durchaus hat, vergessen.

So ist die Gewalt in unserer Stadt im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Das belegen die Zahlen der neuesten Kriminalitätsstatistik. Rund 24.000 Fälle von Gewaltdelikten wurden in der Bundeshauptstadt gezählt – sprich Mord, Körperverletzung und schwere Körperverletzung. Besonders auffallend: 10 von 11 getöteten Personen waren Frauen, meistens wurden sie Opfer ihres Partners oder Ex-Partners, für gut die Hälfte der Femizide waren Täter mit Migrationshintergrund verantwortlich. Dieses traurige Bild zeigt einmal mehr deutlich, dass Wien Gewalt – vor allem gegen Frauen – durch die rote Anreizpolitik importiert und damit auch forciert! Gewaltpräventionsprogramme, die wiederum sehr viel Geld verschlingen, könnten reduziert werden, würden wir eine rigorose Abschiebepolitik krimineller Migranten verfolgen.

Einer weiteren, in Österreich noch recht jungen Form der Kriminalität, wird in der Bundeshauptstadt durch die undifferenzierte rot-pinke Willkommenspolitik die Tür geöffnet: der Schlepperei.

2021 wurden 3.570 Fälle verzeichnet, ein Plus von mehr als 100 Prozent. Vor allem Favoriten hat sich im vergangenen halben Jahr zu einem wahren Schlepper-Eldorado entwickelt. Immer wieder griffen Polizisten herumirrende Flüchtlinge im Bezirk auf, die aus den Transportwägen vor den Toren Wiens ausgelassen wurden. Der Grund dafür ist schnell ausgemacht: Ludwigs offene Arme und die großzügigen Zahlungen, die die Stadt Wien an illegale Zuwanderer ausschüttet, haben sich herumgesprochen und sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Nur eine restriktive Einschränkung der Geldleistungen wird diesem Zuzug ein Ende setzen!

Wir Freiheitliche sind nach wie vor davon überzeugt, dass echten Flüchtlingen geholfen werden soll. Allerdings zielgerichtet und vor Ort. Ein Asyltourismus, wie er sich die letzten Jahre etabliert hat, der nicht nur Hilfesuchenden Schutz bietet, sondern Kriminalität und Terror importiert, ist aufs Schärfste abzulehnen!

Euer  
  
**Stadtrat Dominik Nepp**  
FPÖ-Landesparteiobmann



### Wussten Sie, dass ...

... die ukrainische Grenze nur 427 Kilometer Luftlinie von Wien entfernt liegt, bis Vorarlberg sind es hingegen 600 Kilometer.

### Bleib' auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe\\_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet [www.fpoe-wien.at](http://www.fpoe-wien.at)



Impressum:  
Freiheitliche Partei  
Österreichs (FPÖ),  
Landesgruppe Wien,  
Rathausplatz 8, 1010 Wien,  
Erscheinungsort: Wien,  
Verlagspostamt: 1010 Wien,  
Verlags- und  
Herstellungsort: Wien  
Österreichische Post AG/SP  
05Z036406 S

# Kinder haben ein Recht auf Normalität

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Die Situation an den Wiener Schulen wird für die Kinder zusehends unerträglicher, das von Bildungsexperten und Lehrervertretern prognostizierte Chaos ist eingetreten. Zweimal geimpfte sowie genesene Kinder dürfen bei einem Corona-Fall in der Klasse weiter im Unterricht bleiben, die anderen werden nachhause geschickt. Hybridunterricht funktioniert jedoch nicht, monieren Schulexperten. In der Realität bekommen jene Kinder, die zuhause bleiben müssen, Lernpakete mit. Die Konsequenz ist zum einen, dass zahlreiche Schüler wieder wichtige Unterrichtsstunden versäumen und zum anderen einmal mehr aus ihrem Schulalltag gerissen werden. Hinzu kommt der soziale Druck auf die Kinder, da es durch dieses Vorgehen zu einer Ungleichbehandlung kommt, die sie nicht verstehen können. Ich fürchte, damit will man von Seiten der Stadt Wien künstlich Druck auf die Eltern ausüben, ihre Kinder impfen zu lassen. Unsere Forderung ist klar: Dieser Unsinn muss abgestellt werden, um auch an den Schulen endlich wieder zur Normalität zurückkehren zu können.

Doch Wien hat sich für einen anderen Weg entschieden, möchte die selbstaufgelegte Impfquote auf Biegen und Brechen erreichen. Während landauf landab die Impfpflicht mehr und mehr in den Fokus der Kritik gerät, rollt die Wiener Stadtregierung die Impfkampagne für Volksschüler aus. Unter den Augen von Bürgermeister Lud-

wig, Bildungsstadtrat Wiederkehr und Gesundheitsstadtrat Hacker wird auf die Kinder dadurch unnötiger Druck ausgeübt. Durch dieses Vorgehen werden schon die Kleinsten in zwei Klassen eingeteilt – in die Guten, die sich impfen lassen und die Bösen, die das nicht tun. Das alles zu einem Zeitpunkt, zu dem in anderen Ländern die Corona-Maßnahmen vollends fallen. Diese Form der Show-Politik ist unerträglich, richtet sie doch mehr Schaden an, als sie Nutzen bringt. Denn was das mit der Psyche der Schülerinnen und Schüler anrichtet, wenn sich die Eltern der besten Freunde für den anderen Weg entscheiden als die eigenen, will man sich gar nicht ausmalen. Kommen dann auch noch „Ausflüge“ zu Impfzentren hinzu, bei denen aber nur ein Teil der Kinder eine Spritze bekommt, ist das für den Zusammenhalt in den Klassen nicht zuträglich.

Die Kinder und Jugendlichen sind die großen Verlierer der Pandemie. Welche nachhaltigen Auswirkungen die überzogenen Maßnahmen auf die „Generation Corona“ hat, wird sich erst in einigen Jahren offenbaren. Doch schon jetzt müssen wir feststellen, dass die psychischen Belastungen enorm zugenommen haben, mehr Kinder und Jugendliche denn je psychologische Betreuung und Hilfe brauchen. Dieses Versagen müssen Stadt- und Bundesregierung auf ihre Kappe nehmen, doch wir werden sie zur Rechenschaft dafür ziehen,

verspricht Euer  
**Maximilian  
Krauss**





## Wiener Gesundheitssystem ist am Ende – Maßnahmen müssen sofort gesetzt werden

Wovor jahrelang gewarnt wurde ist nach zwei Jahren Pandemie für jedermann sichtbar geworden: der Personalnotstand in den Wiener Spitälern. Schon lange bevor SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hacker das Ruder in seinem Ressort übernommen hat, war bekannt, dass es innerhalb des damaligen KAV, heute Wiener Gesundheitsverbund, weit zu wenig medizinisches Personal gibt. Schon seit Jahren wird immer wieder über überfüllte Ambulanzen, Gangbetten und monatelanges Warten auf Operationen berichtet. Patienten sowie Ärzte kamen dabei an ihre Grenzen.

Doch anstatt dem Trend, abwandernder Ärzte und des geringen Interesses an den medizinischen Berufen entgegenzuwirken, hat die Stadt Wien immense Summen in die Umstrukturierung des KAV gepulvert, Direktoren mit hohen Abschlüssen getauscht und unnötig viel Geld in den komplett verpatzten Bau des KH-Nord gesteckt. Nun werden die Auswirkungen der unterirdisch schlechten Gesundheitspolitik für jeden sichtbar. „Wenn sich Pflegekräfte in ihrer Verzweiflung an die Öffentlichkeit wenden, wird ihnen ein Maulkorb verpasst und genau vorgegeben, wie sie auf Fragen von Patienten über die Arbeitssituation zu antworten haben. Dabei wäre es höchst an der Zeit, sich die Fehler der

Vergangenheit einzugestehen und alles daran zu setzen, diese nicht zu wiederholen und das Gesundheitssystem auf gesunde Beine zu stellen. Dazu braucht es u.a. eine Job-Offensive im Bereich des medizinischen Personals. Diese kann nur mit einer deutlich höheren Entlohnung erfolgreich sein. Wir Freiheitliche fordern endlich eine Gehaltsanhebung für jene, die sich tagein tagaus um die Gesundheit ihrer Mitmenschen kümmern oder es zukünftig tun wollen - sie haben sich diese längst verdient.

Es ist erschreckend, wie wenig ernst die Stadtregierung – allen voran SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hacker – die Warnungen des Spitalspersonals nimmt. Dieses steigt, vollkommen zurecht, auf die Barrikaden und warnt vor massiven Verschlechterungen in Sachen Patientenversorgung und -betreuung. Denn im Wiener Gesundheitsverbund hat man das absurde Kunststück geschafft, den bürokratischen Aufwand ins Unendliche zu steigern, was dazu führt, dass das medizinische Personal zusätzlich zu ihrer eigentlichen Arbeit noch stundenlangen „Papierkram“ zu erledigen hat. Entlastungspersonal für diese Tätigkeiten ist jedoch nicht geplant. Es muss endlich aktiv etwas getan werden, um diesen Zustand zu verbessern.

# Liebe Generation 60+, liebe Seniorinnen und Senioren!

Eine einheitliche Gruppe der Senioren gibt es heute weniger denn je. Wir sind die Kinder pflegebedürftiger Eltern ebenso wie hochbetagte Menschen, die Unterstützung brauchen. Mehrheitlich nicht mehr im Erwerbsleben, aber dennoch aktiv. Wir sind als Eltern, Großeltern und Urgroßeltern im Einsatz für die Familie da und wir müssen auch erleben, dass die gleichaltrigen Wegbegleiter weniger werden. Die Generation 60+ hat daher viele Facetten und ebenso vielfältig muss das politische Angebot für diese Personengruppe, die stets im Wachstum begriffen ist, sein.



Die Corona-Pandemie hat für viele ältere Menschen Einsamkeit und Bewegungsmangel mit sich gebracht. Besuche in Pflegeheimen und Spitälern waren lange Zeit unmöglich, das soziale Leben wurde massiv beschnitten. Die wichtigen täglichen Aktivitäten, wie einkaufen gehen, Besorgungen tätigen, Besuche abstaten, Sport treiben und Kultur besuchen waren für viele massiv eingeschränkt. Es ist oft eine große Herausforderung, sich Schritt für Schritt wieder an ein normales Leben zu gewöhnen. Der Wiener Seniorenring (WSR) als Vorfeldorganisation der Freiheitlichen Partei hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder und Freunde nach besten Kräften durch diese Krise zu begleiten. Gemäß seinem Motto „gemeinsam statt einsam“ hat der WSR neben dem Angebot an Telefongesprächen es sich zur Aufgabe gemacht, das Vereinsleben so gut wie möglich aufrechtzuerhalten und so konnten doch Stadtpaziergänge, Busfahrten, kulturel-

le Veranstaltungen, Wanderungen, Radtouren und natürlich gesellige Treffen stattfinden.

So vielfältig wie das Leben der Generation 60+ ist, so umfangreich sind auch die politischen Positionen und Forderungen, die auf Landes- und Bundesebene durch die Abgeordneten der FPÖ und im österreichischen Seniorenrat durch die Vertreter des Österreichischen Seniorenrings (ÖSR) eingebracht werden.

## Die FPÖ steht für:

- Gerechte Pensionen
- Mehr Sicherheit im Alltag
- Barrierefreie Wege
- Personalsicherheit in Gesundheits- und Pflegeberufen
- Ausbau der mobilen Pflege
- Verbessertes Entlassungsmanagement nach Spitalsaufenthalten
- Erhalt des Bargeldes
- Keine Nachteile für ältere Bankkunden

Wichtig ist uns vor allem ein respektvolles Miteinander der Generationen. Dafür steht allen voran der Wiener FPÖ-Landesparteiobmann, Stadtrat Dominik Nepp. Als Seniorensprecherin im Wiener Landtag und Gemeinderat und Obfrau des Wiener Seniorenrings lade ich alle, die dieser erfahrenen, im Herzen jung gebliebenen Generation mit ihrer vielfältigen Lebensweise angehören, herzlich zur Teilnahme an unseren Aktivitäten ein.

## Ihre Veronika Matiasek

Für Sie erreichbar unter: 0664/5024644,  
wienerseniorenring@fpoe.at, www.wsr.co.at

